

Endgültige Einigung mit Rußland.

Am Dienstag mittag ist im Auswärtigen Amt von dem Reichsminister Dr. Stresemann und dem Geschäftsträger der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, Votschatsrat Braiman-Brodowski, das Protokoll über die Beilegung des deutsch-russischen Zwischenfalles unterzeichnet worden, dessen Artikel folgenden Inhalt haben:

1. Die beiden Regierungen sehen den Notenwechsel über den Zwischenfall als geschlossen an.
2. Die deutsche Regierung erklärt, daß das Vorgehen der Polizeibehörden in Berlin gegen die Handelsvertretung am 3. Mai eine eigenmächtige Aktion der deutschen Polizei darstellt. Sie gibt der Auffassung Ausdruck, daß die den Polizeibehörden am 3. Mai zugegangene Meldung über das Entweichen Bozenhardts keineswegs als Grund für die von der Polizei angeordnete Aktion dienen konnte. Aus diesem Grunde und im Hinblick auf das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken mißbilligt sie diese Aktion und bedauert, daß der Zwischenfall dadurch eine solche Ausdehnung erhalten hat. Sie bringt der Sowjetregierung zur Kenntnis, daß der Leiter der Aktion seiner bisherigen Diensttätigkeit enthoben worden ist. Wegen der von deutschen Beamten gegen extraterritoriale Beamte der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken getroffenen Maßnahmen hat die deutsche Regierung bereits ihr Bedauern ausgesprochen. Die schuldigen deutschen Beamten werden bestraft werden.
3. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, den von deutschen Beamten im Gebäude der Handelsvertretung verschuldeten Materialschaden in entgegenkommender Weise zu ersetzen.
4. Die Regierung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken bestätigt, daß sie ihren Beamten, also auch den Mitarbeiter der Handelsvertretung verboten hat, in irgendeiner Weise an dem innerpolitischen Leben Deutschlands teilzunehmen, daß sich jedoch dieses Verbot naturgemäß nicht auf das Verhalten deutscher Angestellter außerhalb ihrer Tätigkeit für die Handelsvertretung erstreckt.
5. Beide Regierungen erkennen an, daß durch den Zwischenfall am 3. Mai die rechtliche Stellung der Handelsvertretung nicht geändert worden ist. Beide Regierungen sind übereingekommen, daß von der Gesamtheit der gegenwärtig zur Handelsvertretung gerechneten Räumlichkeiten ein zusammenhängender Komplex von Räumlichkeiten der eigentlichen Handelsvertretung von dem übrigen Teil des Gebäudes vollständig getrennt wird, einen eigenen Straheneingang erhält und als unverletzlich abgegrenzt wird. Als eigentliche Handelsvertretung gilt die Gesamtheit der extraterritorialen Mitarbeiter und der von ihnen geleiteten Abteilungen mit den zugehörigen Räumlichkeiten. Beide Regierungen werden, geleitet von dem Wunsch, den Handelsvertrag tunlichst bald abzuschließen, bestrebt sein, die Verhandlungen spätestens im Laufe eines Jahres nach Unterzeichnung dieses Protokolls zum Abschluß zu bringen.
6. Beide Regierungen werden dafür Sorge tragen, daß die beteiligten Dienststellen etwaige aus Anlaß des Zwischenfalles getroffenen Maßnahmen beseitigen, den durch diese Maßnahmen veränderten Zustand, wie er vor dem Zwischenfall bestanden hat, wieder herzustellen und keine neuen derartigen Maßnahmen mehr treffen.

Das Zustandekommen einer endgültigen Einigung mit der Sowjetregierung hat in Berlin große Befriedigung hervorgerufen, zumal dadurch auch die Position Deutschlands auf der Londoner Konferenz eine gewisse Stärkung erfährt. In den Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland soll nunmehr keine Klemme eintreten. Vielmehr soll das bisherige Freundschaftsverhältnis nach wie vor aufrechterhalten bleiben. Die deutsche Regierung ist Rußland ziemlich weit entgegengekommen, aber auf der anderen Seite wird hervorgehoben, daß die russische Regierung kürzlich gelegentlich eines Zwischenfalles in der deutschen Vorkriegszeit in Moskau eine sehr korrekte Haltung eingenommen hat. Mit Rücksicht darauf, daß für die nächste Zeit direkte Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und Frankreich bevorstehen, ist das Zustandekommen einer Einigung im deutsch-russischen Konflikt außerpolitisch von großer Bedeutung. Dadurch wird jedenfalls der Eindruck vermindert, als ob durch den Zwischenfall zwischen Deutschland und Rußland für Frankreich Gelegenheit gegeben werde, auf Kosten Deutschlands besondere Abmachungen mit der Sowjetregierung zu treffen.

Die deutsche Stellungnahme zum Garantiepakt des Völkerbundes.

Der Völkerbund hat, wie bereits vor einiger Zeit gemeldet wurde, den von einer seiner Kommissionen aufgestellten Entwurf eines Vertrages über gegenseitige Unterstützung auch der deutschen Regierung zur Stellungnahme überhandelt. Das Auswärtige Amt hat den Entwurf einem Gremium von Sachverständigen zur Begutachtung unterbreitet, das sich aus den Herren Prof. Hülich, Prof. Kaas, Prof. Kahl, Ministerialdirektor z. D. Krieger, Prof. Meinecke, General a. D. Graf Montgelas, Reichsminister a. D. Schiffer und Prof. Schäding zusammensetzte. Die Sachverständigen haben ihre Auffassung in einer Denkschrift vom 5. Juli dargelegt, die nunmehr vom Auswärtigen Amt dem Generalsekretariat des Völkerbundes mit dem Hinweis mitgeteilt worden ist, daß die Reichsregierung sich die Ausführungen der deutschen Sachverständigen zu eigen mache.

Die Denkschrift, die das ganze Problem der Sicherheit und Abrüstungsfrage erörtert, unterzieht zunächst die Grundgedanken des Völkerbundesentwurfes einer eingehenden Kritik. Der Entwurf geht

von dem uneingeschränkten Verbot des Angriffskrieges aus. Die Frage aber, ob ein Angriffskrieg vorliegt, unterliegt ausschließlich der Entscheidung des Völkerbundesrates, der auch die Befugnis haben soll, die Maßnahmen gegen den Angreifer, insbesondere die Ausbietung militärischer Hilfsmittel, zu organisieren.

Die deutschen Sachverständigen erklären ein solches System für ungeeignet, das erstrebte Ziel der allgemeinen Sicherheit der Staaten und der dadurch erzielbaren Rüstungsbeschränkungen zu erreichen. Die Ausführungen der Denkschrift begegnen sich hierbei in den wesentlichsten Punkten mit der Kritik, die ohnedies auch von Seiten der amerikanischen und englischen Regierung an dem Völkerbundesentwurf geübt worden ist. Von besonderer Bedeutung ist der von der Denkschrift geführte Nachweis, daß Deutschland angeht seiner völligen Entwaffnung in eine unmögliche Lage geraten würde, wenn es in einem bewaffneten Konflikt zwischen anderen Staaten auf Grund einer Entscheidung des Völkerbundesrates seine Neutralität aufgeben und sich an kriegerischen Maßnahmen beteiligen müßte. Die Denkschrift beschränkt sich nicht auf eine negative Kritik, sondern macht wenigstens auch in großen Zügen positive Vorschläge, wie nach deutscher Auffassung das Problem der Sicherheit und Rüstungen gelöst werden könnte. Dabei wird unter anderem ausgeführt:

Will man in Wahrheit die den Völkerbund tragende Idee der Völkerabrüstung ihrer Verwirklichung näher bringen, so wird man den Weg, den der Entwurf vorschlägt, nicht beschreiten dürfen. Nicht eine Schaffung von Verträgen neben dem Völkerbundesvertrag, sondern seine verteilte Ausgestaltung tut not. Diese Ausgestaltung kann nicht in der Richtung erfolgen, daß man der gesamten Welt lediglich durch Gewalt bezaugt. Unrechtmäßige Gewalt wird man nur aus der Welt schaffen, daß man ihr das Recht entgegenstellt, wodurch die zur Abwehr des Unrechtes angewendete Gewalt erst gerechtfertigt und abeslößt wird. Man verziehe die gewaltsamen Ausstragungen von Streitigkeiten. Man jage endlich dafür, daß berechnete Wünsche der Bevölkerung wegen Verhütung der Grenzen auf dem Wege eines geordneten Rechtsverfahrens ihre Lösung finden. Zum Schluß heißt es in der Denkschrift, auch Deutschland brauchte alsdann nicht zu jähern, in die Gesellschaft der im Völkerbund vereinigten Nationen, selbstverständlich unter der Voraussetzung völliger Gleichberechtigung einzutreten, um auf dem Boden des Rechts an der Erhaltung eines dauerhaften Friedens mitzuarbeiten.

Vier Millionen Dollarkredit für die deutsche Zuckerindustrie.

Eine vom Equitable Trust geführte Bankgruppe hat am Dienstag einen sechs Monate laufenden vier Millionen Dollarkredit für die deutsche Zuckerindustrie abgeschlossen. Der Zinssatz beträgt 7 bis 7 1/2 Proz. und ist durch die Zinsverzinsung sichergestellt. Die Wechsel werden auf deutsche Kassierien gezogen, dann von deutschen Großbanken indossiert und nach Neuport zur Bevoorschussung gesandt. Ehe nicht die deutschen Schuldner die zur Deckung der Beträge notwendigen Zuckerausfuhr genehmigungen vorweisen, wird kein Geld gezahlt. Die Rechnungsgrundlage ist dabei ein Preis von zwei Cent pro Kilogramm Zucker. Das Abkommen ist bisher geheim gehalten worden im Hinblick auf den englisch-amerikanischen Wettbewerb in Anleihen, den man nach der Reparationslösung erwartet. Der Export von 200000 Tonnen Zucker wird auf diese Weise finanziert.

Keine Senkung der Zuckersteuer.

Der Reichsfinanzminister hat die Anträge des Vereins der deutschen Zuckerindustrie nach angemessener Senkung der Zuckersteuer und Einföhrung eines sechsmonatigen Steuerkredits abgelehnt. Die Entscheidung des Reichsfinanzministers ist mit dem wachsenden Defizit im Reichshaushalt begründet.

Ernährung und Jugendfürsorge.

In der letzten in Dresden stattgefundenen 19. Landtagung der Zentrale für Jugendfürsorge, in der auch die Vertreter der Ministerien und Städte zugegen waren, hielt Herr Dr. Volkmar Klopfer (Dresden) einen Vortrag über Ernährung und Jugendfürsorge, dem folgende Leitätze zugrunde liegen:

1. Die Schädigung der deutschen Jugend in der Krieges- und Nachkriegszeit hätte nicht in dem Ausmaße schlimm zu sein brauchen, wenn es um die deutsche Ernährungswissenschaft, die deutsche Ernährungspolitik und die Aufklärung der breiten Massen der Bevölkerung besser bestellt gewesen wäre.
2. Die Maßnahmen für Verteilung der Nährstoffmengen sind gegenüber der Ernüchterung zur Erzeugung von Nährstoffen zu sehr im Vordergrund. Die Berechnung der für den einzelnen Menschen nötigen Nährstoffmengen wurde zu einseitig vom Standpunkt der Kalorienzahl und des Eiweißgehaltes und zu wenig nach den neuzeitlichen Lehren über die Wichtigkeit der Erhaltung der natürlichen Nährsalze und Ergänzungsnährstoffe (Vitamine) der Nahrungsmittel vorgenommen.
3. Der Mangel an Fleisch, Milch, Eiern konnte durch sorgsame Behandlung des Getreides, der Kartoffeln und der Gemüse in höherem Maße als geschehen ausgeglichen werden. Auf Grund der Forschungen von Ragnar Berg, unseres jetzigen bedeutenden Ernährungsforschers, geben bis zu 75 v. H. der wichtigen Nährsalze der Kartoffel und Gemüse durch das in den

meisten Haushalten noch übliche Abbrähen bezw. Verreibung der Kartoffeln in Form von Salzkartoffeln verloren. In einer ganz geringen Anzahl von Familien sind Kartoffel- und Gemüsedämpfer im Gebrauch. Gerade die basischen Nährsalze der Gemüse, die durch die unangemessene Behandlung verloren gehen, sind für die Gesundheit und das Wachstum der Kinder unerlässlich. Das Zurückbleiben im Wachstum und in der Entwicklung der Kinder ist vielfach auf die Ueberfütterung des Organismus zurückzuführen, die durch die Ausschaltung der natürlichen Nährsalze und Ergänzungsnährstoffe in Kartoffeln und Gemüse zu erklären ist.

4. Dazu kommt die falsche Behandlung des Getreides, das während des Krieges und der Nachkriegszeit seines wichtigsten Bestandteiles, des schlummernden Keims, des eigentlichen Vitamintägers, beraubt wurde. Ferner wurden keine Versuche unternommen, das Kleberzellengewebe der Randschicht des Getreides, das den größten Teil der Eiweiß-, Mineral- und Vitaminstoffe des Korns enthält, so aufzuschließen, daß die Verdauungssäfte in der Lage waren, die genannten Nährstoffe aufzunehmen. Das Brot wurde in viel zu großer Ausbeute (d. h. mit einem zu hohen Wassergehalt) bereitet. Auf Betömmlichkeit und Gehalt an Geschmacksstoffen wurde zu wenig Wert gelegt. Die Backzeit des Brotes sank während des Krieges und der Nachkriegszeit auf die Hälfte der früher üblichen Backzeit.

5. Die gehaltreichste Getreideart, der Hafer (Hafer enthält fast zehnmal soviel Fett wie Weizenmehl), wurde in zu geringfügigem Maße für die menschliche Ernährung herangezogen. Auch wurden die Haferkerne auf Anordnung der Berliner Reichsstellen nach dem schlechten Vorbild der Reis-Industrie abgeschliffen; sie verloren dadurch einen großen Teil der wichtigen Fett-, Mineral- und Ergänzungsnährstoffe. Der Verbrauch an Hafer für menschliche Ernährung, der während des Krieges etwas anstieg, sank in der letzten Zeit wieder auf 1 v. H. der deutschen Haferernte, während die Haferernte in anderen, mit Fleisch, Milch und Eiern glänzend versorgten Ländern einen viel höheren Prozentsatz der täglichen Nahrung zum Besten der Volksgesundheit darstellen.

6. Ähnlich ergibt es der Gerste, die nur zu einem ganz geringen Prozentsatz für menschliche Ernährungszwecke in Betracht kommt. Da 25 v. H. der gesamten Ackerfläche Deutschlands für die Bereitung von Alkohol verwendet wird, so verfällt die Gerste in erster Linie der Alkoholwirtschaft. Der kleine übrigbleibende Rest wird dem Wunsch der Verbraucher und des Handels entsprechend auf seine weiche Gräuhen verarbeitet, die im Gehalte an Eiweiß, Nährsalzen und Vitaminen gegenüber den großen Gerstengraupen wesentlich herabgesetzt sind.

7. Das immer Weiterwerden des Weizenmehles, das Bleichen desselben und die Verwendung von weichem Weizenmehl, statt gelbem eiweißreichem Hartweizenmehl, die Herstellung von Nudeln aus weichem Weizenmehl an Stelle von eiweißreichen Teigwaren aus Hartweizenmehl, der größer werdende Verbrauch von weichem, mineralstoffreichem Zucker und Zuckerkorntragen, im Verein mit den oben geschilderten Mängeln bei der Zubereitung von Kartoffeln und Gemüse, zur Entmineralisierung der täglichen Nahrung, dem dadurch entstehenden Zurückbleiben des Wachstums der Kinder und der körperlichen Entartung bei

8. Zu erstreben ist weitgehende Aufklärung in Kreisen der Hausfrauen, der heranwachsenden Jugend und der Volksschullehrer über die wichtigsten Forschungsergebnisse der neuzeitlichen Ernährungswissenschaft, die Verbreitung der Erkenntnis, daß auch ohne Fleisch und nur mit geringen Fleischmengen eine gute Ernährung durchgeführt werden kann, und daß solche Nahrungsmittel im Vordergrund des Verbrauches stehen müssen, die reich an Mineral- und Ergänzungsnährstoffen sind (Gemüse, Obst), ferner, daß es falsch ist, diese wichtigen Nahrungsmittel durch unangemessene, lächerlich übertriebene Behandlung ihrer wichtigen Salze und Ergänzungsnährstoffe zu berauben. Die Verbraucher müssen erogen werden, auf Handel und Gewerbe einen Druck dahin auszuüben, daß ihnen wenigstens die Möglichkeit gegeben wird, unverfälschte, in ihrem Gehalte nicht herabgesetzte Nahrungsmittel zu beziehen. Zur Zeit ist es fast unmöglich, unabgeschliffenes, schlummerndes Keimkeim nicht beraubtes Reis im Handel zu bekommen. Fast alle Haferernteernte werden, damit sie weiß und äußerlich schön erscheinen, ähnlich wie der Reis, aus abgeschliffenen Haferkernen bereitet.

Die Verbraucher müssen erzogen werden, das Brotgetreide in dem Verhältnis zu gebrauchen, wie die beiden Getreidearten in Deutschland wachsen. Es besteht kein Grund den Weizen vor dem Roggen zu bevorzugen. Deutschland ist ein Roggenbauendes Land, das deutsche Volk daher ein Roggen essendes Volk. Roggenbrot ist aber nur dann ein vollständiges Nahrungsmittel, wenn es möglichst alle Bestandteile des Getreideforns enthält. Das sächsische Brot weist kaum die Hälfte der Nährsalze, Eiweiß und Mineralstoffe des Roggenforns auf. Namentlich der sächsische Bevölkerung, der schlechtest ernährten in ganz Europa, möchte gesagt werden, daß das von ihr bevorzugte weiche Brot ein minderwertiges und unvollständiges Nahrungsmittel im Sinne der neuzeitlichen Ernährungswissenschaft ist.

9. In keinem Teile Deutschlands kommen soviel Fälle von schlechter Zahnerkrankung, Zahnerkrankung, mangelhafter Entwicklung der Knochen, schlechter Sehenausbildung bei der weiblichen Jugend. Vor dem Kriege schon kamen Kerze aus allen Teilen nach Sachsen, um die Entwicklung der englischen Krankheit in Sachsen zu studieren. Diese traurigen Verhältnisse können nur durch Umstellung der Ernährung, durch die Beeinflussung des Ernährungsgewerbes, des Handels und durch die gleichzeitige Aufklärung der Verbraucher, sowie der Schulkinder beseitigt werden.